

Antragstitel: Solidarität mit der ver.di-Betriebsgruppe FU und ihrem kämpferischen Demoaufruf gegen Rechts, in Anbetracht der Falschdarstellungen des FU-Präsidiums

Das Studierendenparlament möge beschließen, sich mit der ver.di-Betriebsgruppe FU und ihrem kämpferischen Demoaufruf gegen Rechts vom 30. Januar 2024 ([hier nachzulesen](#)) zu solidarisieren. Das Studierendenparlament stellt sich gegen die Falschdarstellungen in der Reaktion des FU-Präsidiums ([hier nachzulesen](#)), welche darauf abzielen, die vielfach nachgewiesene Nichteinhaltung von Tarifverträgen und weitere beschäftigtenfeindliche Angriffe zu vertuschen.

Begründung:

Die ver.di-Betriebsgruppe FU ist deutschlandweit als progressive und kämpferische gewerkschaftliche Basisgruppe bekannt. Auch im Kontext des aktuellen Rechtsrucks hat die Betriebsgruppe einen bemerkenswert progressiven Demoaufruf für die "Brandmauer"-Demo am 3. Februar veröffentlicht. Darin kritisieren sie nicht nur die AfD, sondern auch die Abschiebe- und Kürzungspolitik der aktuellen Bundesregierung, und betonen die Zentralität gewerkschaftlicher Organisation gegen Rechts. Ferner heben sie die Mitschuld von gewerkschaftsfeindlichen "Arbeitgebern" hervor:

"Die Bundesregierung kürzt bei allen Sozialausgaben und in der öffentlichen Daseinsvorsorge, aber hat Milliarden für die Rüstung übrig. Rechtes Gedankengut wächst am besten in einem solchen Klima der Prekarität. Das gilt auch für unseren Arbeitgeber: Wer wie das FU-Präsidium Tarifverträge nicht einhält, bekämpft aktiv Mitbestimmung und demokratische Prozesse und sorgt so für politischen Verdross. Im Ergebnis fördert auch die FU damit den Rechtsruck und den Aufstieg der AfD, denen gewerkschaftliche Organisation ebenfalls ein Dorn im Auge ist. Bis heute sind zudem Beschäftigtengruppen der unteren Lohngruppen und mit hohem Migrant*innenanteil wie z.B. Reinigungskräfte an der FU ausgegliedert und damit von der betrieblichen Gemeinschaft ausgegrenzt und schlechter gestellt. Damit bereiten die regierenden Parteien und gewerkschaftsfeindliche Arbeitgeber der AfD und den Rechten das Feld."

Das Präsidium der FU antwortet ihrerseits:

"Dies entspricht nicht der Wahrheit. Das Präsidium weist diese Behauptungen mit aller Entschiedenheit zurück. Das aktuelle Präsidium der FU Berlin arbeitet intensiv seit Monaten an Herausforderungen und Lösungen für eine Verbesserung von Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz, den Bedingungen der Beschäftigten an der FU Berlin und die Umsetzung berechtigter Forderungen der Personalräte. Wir sehen es als erwiesen an, dass wir große Schritte nach vorne gehen, allerdings werden diese von der ver.di-Betriebsgruppe FU Berlin mit einem solchen Verhalten durch die oben genannten, erkennbar diffamierenden Anschuldigungen und bewussten Falschaussagen gefährdet. Das Präsidium prüft die Einleitung dienst- bzw. arbeitsrechtlicher Maßnahmen und fordert die Betriebsgruppe auf, den Artikel sofort von ihrer Homepage zu nehmen."

Wir bemerken zunächst, dass die FU die Anschuldigung nicht eingehaltener Tarifverträge nicht klar dementiert (da diese nachgewiesen sind), aber in ihrem gesamten Statement dennoch eine Nichtschuld suggeriert. Wir bemerken außerdem, dass die Vertuschung von gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten Alltag für viele "Arbeitgeber" ist.

Solche gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten sind an der FU vielfach dokumentiert worden. In einem [offenen Brief](#) wurde z.B. im letzten Jahr angeklagt, dass "über Jahre Überstundenzuschläge, Rufbereitschaftszuschläge sowie Wechselschicht- und Schichtzulagen" vorenthalten wurden, was zu einem "wirtschaftliche Schaden [...] z.B. pro Beschäftigten im Fachbereich der Veterinärmedizin der FU je nach Beschäftigungsdauer im drei- bis fünfstelligen Bereich" geführt hat. Die die Tarifvertragsverstöße, etwa in der Veterinärmedizin und der Technischen Abteilung, sind kein Geheimnis und wurden auch vom StuPa bereits mehrfach angeklagt, zuletzt [hier](#). Vor kurzem wurde darüber hinaus [öffentlich](#), dass die FU ein Zweiklassenlohnsystem aufrechterhält: "Laut Vortrag des Gesamtpersonalrats der FU im Kuratorium der FU am 20.04.2023 erhielten im Zeitraum 2016 bis 2020 mindestens 81 Personen u.a. in strategisch wichtigen Positionen durch Entgeltumwandlung von Gleitzeitkonten insgesamt 600 000 Euro zusätzlich." Schließlich wurde kürzlich ein [offener Brief](#) der Betriebshandwerkern/innen der FU veröffentlicht, in dem bedauert wird, dass "Rufbereitschaftszulagen überwiegend seit Juni 2023 und Zulagen der Zentralwarte seit August 2023 nicht bezahlt wurden". All diese Umstände sind in verschiedenen Quellen und Zeitungen dokumentiert.

Der Aufruf der ver.di-BG ist vor allem Ausdruck dessen, wie besorgt Arbeiter:innen über das Erstarken der AfD sind. Er legt offen, wo sie echte Handlungsmöglichkeiten sehen, dem Rechtsruck entgegenzuwirken, fern von Abschiebungen und rechtspopulistischer Politik, wie etwa durch Merz und AfD, sondern schlicht durch die Aufwertung aller Arbeitsbedingungen. Er zeigt auch, dass die Verantwortlichen offenbar bereit sind, jenen Rechtsruck in Kauf zu nehmen, statt die Arbeitsbedingungen aufzuwerten und den sozialen Kahlschlag zu beenden.

Als Studierende stellen wir fest, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten direkte Auswirkungen auf unsere Lernbedingungen haben. Wir stimmen außerdem der Einschätzung der Betriebsgruppe zu, dass die gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten der FU ein Beschäftigungsklima bereiten, dass dem Rechtsruck zuträglich ist. Dementsprechend solidarisieren wir uns mit der ver.di-Betriebsgruppe FU.

Konkret fordern wir:

- dass der AstA ein Statement mit dem hier dargestellten Inhalt in Solidarität mit der Betriebsgruppe veröffentlichen soll;
- dass hier anwesende Gruppen Statements mit dem hier dargestellten Inhalt in Solidarität mit der Betriebsgruppe veröffentlichen sollen;
- dass die FU ihr Statement unter dem Titel "Gegendarstellung des Präsidiums zum Artikel „Gegen AfD und die Abschiebe- und Kürzungspolitik der Ampelregierung“ der ver.di Betriebsgruppe vom 30.01.2024" zurücknimmt und etwaige rechtliche Maßnahmen einstellt.

Weitere Begründung zum Zusammenhang von Rechtsruck und Kürzungspolitik:

Zur Darlegung des Zusammenhangs von Rechtsruck und Kürzungspolitik zitieren wir aus dem Vorwort des Buches [Aufstand der Töchter](#), welches u.a. den Kampf um den damals ausgegliederten Botanischen Garten der FU thematisiert:

"Wer die Begründungen für Ausgliederungen, Privatisierungen und andere Formen der Tariffucht im Öffentlichen Dienst betrachtet, erinnert sich manchmal an die Brüning'sche Krisenpolitik am Ende der Weimarer Republik. Die Versuche, durch Lohnabbau für Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes und weitere Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben den Haushalt zu konsolidieren, führten de facto zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Krise, die zudem von einer gesellschaftlichen Krise begleitet wurde, die der NSDAP politischen Rückenwind brachte. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben aus der Geschichte die Konsequenz gezogen, auch und gerade in Krisenzeiten und gerade in den Bereichen des öffentlichen Dienstes sozialpolitischen Widerstand zu leisten. Sie erinnern die öffentlichen Einrichtungen daran, dass es nicht nur eine Sozialbindung des Eigentums gibt (Art. 14 GG), sondern dass der Staat und seine Einrichtungen eine besondere Verantwortung für die Einhaltung sozialer Standards haben. Dabei geht es nicht nur um die soziale Gleichstellung aller Beschäftigten, sondern auch um die Auswirkungen solch inklusiven solidarischen Handelns für die eigenen Interessen gegen Ausgrenzung und Rechtsentwicklung. So möchte ich auch den langen Kampf im Berliner Botanischen Garten um soziale und Tarifgerechtigkeit verstanden wissen."